

Per E-Mail: [chemicals@fedpol.admin.ch](mailto:chemicals@fedpol.admin.ch)

Bern, 23. März 2018

### **Vernehmlassung: Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum *Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe* Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Die Gefahr, dass Stoffe, die zur Herstellung von explosionsfähigen Stoffen verwendet werden können, für terroristische Zwecke missbraucht werden, besteht. In der Europäischen Union wurde der Zugang bereits reglementiert. Es ist deshalb sinnvoll, auch in der Schweiz entsprechende Massnahmen einzuleiten. Die CVP legt aber Wert darauf, dass das Gleichgewicht zwischen den vorgesehenen Einschränkungen, dem damit verbundenen Aufwand sowie dem Sicherheitsgewinn gewahrt wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement  
EJPD

Bern, 16. März 2018/YB  
VL PMT

Per Mail an: [chemicals@fedpol.admin.ch](mailto:chemicals@fedpol.admin.ch)

## Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe

### Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

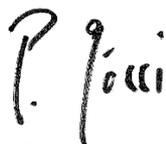
FDP.Die Liberalen stimmt dem Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe grundsätzlich zu. Ziel der Vorlage ist es, die missbräuchliche Verwendung von Chemikalien, die in Alltagsprodukten enthalten sind, zu verhindern. Diese sogenannten Vorläuferstoffe können zum Bau von Bomben (*home made explosives*) zweckentfremdet werden. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen ist die vorgesehene Beschränkung des Zugangs zu derartigen Stoffen daher gerechtfertigt. Die Zugangsbeschränkung betrifft in erster Linie private Anwender. Für professionelle Anwender bleiben die betroffenen Vorläuferstoffe weiterhin frei erhältlich. Damit trägt die Vorlage den sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen ausgwogen Rechnung.

Wir geben allerdings zu bedenken, dass man sich mit der Einschränkung des Zugangs zu gewissen chemischen Stoffen ab einer gewissen Konzentration nicht in falscher Sicherheit wiegen darf. Eine nachhaltige Bekämpfung von Terrorismus steht und fällt mit gut dotierten Sicherheitsbehörden und dem entsprechenden strafrechtlichen und präventiv-polizeilichen Dispositiv.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi  
Nationalrätin

Samuel Lanz



**Per E-Mail**

**Bundesamt für Polizei**

**Nussbaumstrasse 29**

**3003 Bern**

chemicals@fedpol.admin.ch

## **Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe (VSG)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

### **1 Grundsätzliche Bemerkungen**

Die SP Schweiz unterstützt die vorliegende Vorlage vollumfänglich und vorbehaltlos. Wir unterstützen Massnahmen zur Bekämpfung resp. Verhinderung von Terrorismus, wenn diese tatsächlich zu einem objektiven Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung führen, ohne übermässige Einschränkungen für die von solchen Massnahmen Betroffenen.<sup>1</sup> Diese Vorlage genügt diesen Ansprüchen. Der Zusatzaufwand für die privaten Erwerber/innen solcher Stoffe erscheint massvoll zu sein, ebenso der administrative und finanzielle Mehraufwand für die öffentliche Hand.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat'.

Christian Levrat

Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Claudio Marti'.

Claudio Marti

Politischer Fachsekretär

---

<sup>1</sup> Vgl. auch Vernehmlassungsantwort der SP Schweiz zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, S. 1.



**Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
Bundeshaus West  
3003 Bern**

Elektronisch an:  
chemicals@fedpol.admin.ch

Bern, 23. März 2018

**Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe**

**Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage und äussern uns dazu wie folgt:

**Die SVP lehnt die Vorlage ab. Zwar wird der Zweck des neuen Bundesgesetzes, nämlich die Verhinderung des Missbrauchs von Vorläuferstoffen, welche geeignet sind, explosionsfähige Stoffe herzustellen, von der SVP nicht bestritten. Der vorliegende Entwurf ist aus unserer Sicht jedoch klar nicht geeignet, dieses Ziel in der Praxis zu erreichen. Was bleibt sind Mehrkosten, hoher administrativer Aufwand und Probleme beim Datenschutz, ohne damit auch nur ansatzweise einen sicherheitspolitischen Mehrwert zu erreichen.**

Das neue Bundesgesetz soll sich nur an Privatpersonen richten. Im Bereich des Terrorismus sind aber grundsätzlich Organisationen am Werke, welche damit nicht erfasst werden. Die neuen Bestimmungen bleiben daher grösstenteils unwirksam, erfassen die Problematik in diesem Bereich nicht und schaffen bloss eine Scheinwirkung.

Auch der Erlass einer Liste von Vorläuferstoffen durch den Bundesrat führt in der Praxis nicht zu einem Sicherheitsgewinn, wohl aber zu einem enormen administrativen Aufwand für die betroffenen Branchen oder den Fachhandel (Apotheken, Drogerien, Zoohandlungen, aber auch Baumärkte oder Verkaufsstellen für die Landwirtschaft).

Auch die vorgeschlagene Erwerbsbewilligung für Privatpersonen (maximal 3 Jahre), führt im Endeffekt nicht zu einer Verhinderung des Missbrauchs, da während dieser Zeit ein möglicher Bau von explosionsfähigen Stoffen ohne weiteres möglich wäre. Die vorgesehenen geringen Strafbestimmungen sind ebenso wenig geeignet, einen Missbrauch effektiv zu verhindern.

Die eingangs erwähnten Punkte sind das eine. Das andere sind die aus Sicht des Datenschutzes höchst problematischen und auch fragwürdigen Vorschläge, welche wir klar ablehnen. Einmal mehr soll die AHV-Versichertennummer verwendet werden. Die SVP hat bereits mehrfach bei anderen Gesetzen festgehalten und auch davor gewarnt, diese als Identifikator zu verwenden. Die AHV-Versichertennummer wird damit mehr und mehr zu einer Sozialversicherungsnummer, wie in den USA, das genaue Gegenteil dessen, was man bei der Lancierung der neuen AHV-Versichertennummer im Jahre 2008 versprochen und auch gesetzlich festgehalten hatte.

Die Tatsache, dass die Grenzwerte der regulierten Produkte von einem Sachverständigenausschuss erarbeitet und laufend angepasst werden sollen, birgt zudem die Gefahr, dass künftig noch mehr administrativer, personeller und damit auch finanzieller Aufwand anfallen wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Albert Rösti

Gabriel Lüchinger

Nationalrat